

# Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien  
E-mail: [ggae@gmx.at](mailto:ggae@gmx.at) Web: [www.atomgegner.at](http://www.atomgegner.at)

Nummer 3 / September 2014

## Liebe KollegInnen und Kollegen!



*Immer mehr Geld für Rüstung und Krieg für „Frieden und Sicherheit“ (Karikatur: Publik-Forum 17/14)*

**In den letzten Monaten sind auf der Welt die Konflikte und kriegerischen Auseinandersetzungen rasant angestiegen.**

Zwei Kriege stehen nach dem Bombardement des Gazastreifens durch Israel täglich im Mittelpunkt der Berichterstattungen: der Konflikt/Krieg in der Ukraine und in Syrien/Irak – einmal gegen die Russen, ein andermal gegen die IS (Islamischer Staat). In diesem Zusammenhang wird bei uns einseitige Propaganda betrieben (Kurier, 19.7.14 – „Europa muss sich der Kriegsrealität stellen“) und vor allem gelogen, dass sich die Balken biegen. Dazu haben wir einige Beiträge in dieser Ausgabe.

**Kurz und Klug betreiben Kriegspropaganda** im Schlepptau der von Deutschland bestimmten EU, die im Wettlauf mit den USA steht und wollen

das als „neue Neutralitätspolitik“ hinstellen. Das ist brandgefährlich und erleichtert es dem blau-braunen Strache, sich als Hüter der Neutralität darzustellen. Was Strache wirklich meint ist, dass nicht die USA, sondern Deutschland in der Ukraine und in Osteuropa bis hin nach Russland diktieren soll. Richtig ist, dass rund 2/3 der Österreicher die Sanktionen gegen Russland und die EU-Ukrainepolitik ablehnen. Richtig ist, dass weit mehr als 80 Prozent der Bevölkerung für die Neutralität sind. Umso verwerflicher ist die EU-hörige und an Deutschland orientierte Politik der österr. Regierung. Umso wichtiger ist es, dass die „Kritik“ nicht den Straches überlassen werden darf.

**Was sich in der Ukraine abspielt ...**

... ist, dass das größte Flächenland Europas derzeit in den Einflussbereich des Westens, sprich

v. a. der USA, „gekriegt“ wurde – schon 2004 mit der vom US-Milliardär Soros finanzierten „Orangen Revolution“ (Julia Timoschenko) – und wird: Zuerst mit einem faschistischen Putsch, dann mit IWF- und USA-Krediten und mit einem vom Ausland finanzierten und mit Truppen und Gerät unterstützten Krieg gegen die eigene Bevölkerung im Osten, die das nicht hinnehmen will. Oder jüngst, trotz „Waffenstillstand“, mit einem von USA- und Nato-Ländern abgehaltenen Militärmanöver bei Lwiw (Lemberg), bei dem sich Nato-Militäreinheiten im Nicht-Nato-Land Ukraine tummeln.

Die Bevölkerung hat von alledem, oder vom EU-Assoziierungsabkommen und von der US-Hilfe nichts als noch höhere Preise, noch höhere Arbeitslosigkeit, Einberufungen zum Bürgerkrieg (Mobilmachung), Verletzte und Tote und noch mehr Hoffnungslosigkeit. Trotz internationaler Milliardenhilfen hat die ukrainische Währung (Griwna) 60% gegenüber dem Euro an Wert verloren. Das ist gut für die Exporte der Oligarchen, katastrophal für die Bevölkerung. Weiters dürfen nur mehr 3.000 Griwna pro Tag in Devisen umgetauscht werden. Vorher war es der fünffache Betrag (Wiener Zeitung, 23.9.2014). Das ist wie im ehemaligen „Ostblock“. So schaut neben dem Krieg im Land die von USA, EU und Deutschland gebrachte „neue Freiheit“ von Timoschenko, Jazenjuk (Premier) Poroschenko und Klitschko (Kiewer Bürgermeister) für die Bevölkerung aus. Das ist der Boden v. a. für die radikalen Rechten in Politik, Parteien und in den diversen „Nationalgarden“, die parallel zur regulären ukrainischen Armee ihr tödliches Unwesen treiben. Während dessen bedankt sich der Oligarchenpräsident Poroschenko in Washington für die US-Hilfe und fordert gleich Nato-Truppen für sein Land.

Was sich z.B. in der Ukraine nicht nur im Osten, sondern auch in der Westukraine abspielt, schildert der Historiker am Slavistikinstitut der Uni Wien, M. Kaltenbrunner, in der „Presse“ vom 11.9.2014 aus der westukrainischen Region Ivano-Frankivsk:

*„Ich treffe den Bürgermeister, er ist außer sich vor Zorn: 'Wenn ich in die Armee eingezogen werde, nehme ich ein Maschinengewehr und schieße die Banken der Oligarchen zusammen!' ... Zahlreiche Menschen arbeiten seit Jahren im Ausland – in Italien, Spanien, Tschechien, Polen und Russland. Auch der Bürgermeister sagt: ‚Ehrlich ..., ich will wieder nach Moskau, dort verdiene ich wenigstens genug zum Leben.‘ Männer aus dem Dorf sollten dieser Tage zur Armee eingezogen werde ... viele sind nicht auffindbar, die Nachbarn schweigen, wenn die Stellungskommission nachfragt ... Für den Donbas*

*in den Krieg ziehen will in der Westukraine, Hochburg des ukrainischen Nationalismus, kaum jemand.“ Zur Mobilmachung sagt der Bürgermeister: „Entweder gehen alle oder keiner. Wenn es eine allgemeine Mobilisierung gibt, bricht auch hier im Westen ein Bürgerkrieg aus. Die Leute halten das nicht mehr aus.“ Eine Frau sagt: „Es ist mir peinlich, dass ich für Poroschenko gestimmt habe. Das sind doch lauter Gauner“.*

Spätestens seit die ersten toten Soldaten, meist sehr junge Menschen, von der „Ostfront“ auch in der Westukraine zu beklagen sind und die Regierung die Kriegssteuer einführte, gibt es den „Aufstand der Soldatenmütter“, die die Einberufungsbefehle bei wütenden Demonstrationen öffentlich zerreißen oder verbrennen (Wiener Zeitung, 2./3. 8. 2014).

**Ein unverdächtiger Zeitzeuge,**  
der **frühere stv. Finanzminister der USA, Paul Craig Roberts**, schrieb vor kurzem:

*„Eines Tages werden die Europäer aufwachen. Dann wird ihnen bewusst werden, dass Washington für sie nichts tut, außer sie vor einer nicht existierenden ‚russischen Gefahr‘ zu schützen, während es den Menschen in Europa riesige Kosten aufbürdet, indem es die Europäer als Truppenaufgebot (Kanonenfutter) im Krieg der USA um die Weltherrschaft verwendet. Früher oder später müssen die Europäer realisieren, dass die ihnen von den USA zugeteilte Rolle nicht in ihrem Interesse ist und sie direkt in den Dritten Weltkrieg führt, in dem die Europäer die ersten Opfer sein werden.“* (Quelle: Washington Chokes Truth With Lies. [www.paulcraigroberts.org](http://www.paulcraigroberts.org) August 13, 2014)

### **Die Bevölkerung will keinen Krieg**

Es sind nicht die Aggressivität Russland oder die Sanktionen des Westens, noch die scheinheiligen „Vermittlungsversuche“ von OSZE, Merkel, Kurz, Faymann & Co, dass jetzt der Anlass des Konfliktes und des Krieges, das EU-Assoziierungsabkommen, bis Ende 2015 ausgesetzt werden soll, sondern, dass die ukrainische Bevölkerung – sowohl im Osten, wo sie dagegen kämpft – als auch im Westen (siehe obigen Berichte), weder Bürgerkrieg, noch Krieg will. Deshalb musste Poroschenko jetzt ein wenig einlenken.

### **Österreichs Rolle**

Österreich als neutrales Land darf die Sanktionen und die Kriegshetze, die Teil der USA-EU-Kriegspolitik sind, nicht mitmachen, muss über die wahren Hintergründe und Ziele des Ukraine-Krieges aufklären, diese öffentlich verbreiten und verurteilen, nicht nur „Gesprächskanäle“ offen halten und alles was USA und EU wollen mitmachen oder bloß beteuern, dass die

Neutralität auch ein Vorbild für die Ukraine sei, aber nichts dafür tun. Im Gegenteil: Kurz und Klug wollen überall an der Seite des deutschen Außenministers Steinmeier, dabei sein. Widerlich und – gefährlich für Österreich!

### **Warum gibt es „auf einmal“ so viele Krisenherde und Kriege auf der Welt?**

Es sind in Wirklichkeit nicht die ethnischen, sprachlichen oder religiösen Gegensätze, die die aktuellen Krisen verursachen. Diese Unterschiede werden nur bewusst ausgenutzt, um Menschen gegeneinander zu hetzen. Dazu werden Unsummen an Geldern in die Förderung diversester „radikaler Gruppen und Bewegungen“ – wie es zuvor Al Kaida war und wie es jetzt IS ist, gesteckt. Unter dem Vorwand der Bekämpfung der IS, deren Kommandanten oft in Großbritannien und den USA ausgebildet wurden, mit denen sich z.B. John McCain, der ehemalige Republikanische Präsidentschaftskandidat schon 2013 traf (Quelle: <http://countercurrentnews.com/2014/06/isis-pr-mccain>), kehren die USA zurück in den Irak – und mit ihnen im Schlepptau (das ist der Unterschied zu 2003, als Bush alleine abkassieren wollte) Frankreich, Großbritannien und Deutschland – und bombardieren jetzt gar „an der Seite Assads“ Syrien – was sie schon immer vorhatten. Jetzt wird auch schon wieder – wie zu Zeiten des USA-Bush-Krieges gegen den Irak – die Dreiteilung des Iraks diskutiert.

Hinter all dem stecken die Interessen der Kapitalisten, der großen Konzerne und Banken, die sich Regierungen kaufen und untertan gemacht haben und die dann für die Kapitals- und Konzerninteressen mit ihrem Heer von Diplomaten, Meinungsmachern und Berufsheeren sich andere Mächte unter den Nagel reißen wollen. Im Weg stehen diesen allen die Lebensinteressen der Bevölkerungen, die friedliebend sind und in sozialer Gerechtigkeit leben wollen. Man gibt ihnen aber immer weniger bzw. in weiten Teilen der Welt überhaupt nichts mehr zum Leben und hetzt sie durch Propaganda

aufeinander. Solange, bis sie aus Not und Verzweiflung bereit gemacht worden sind, auch in den Krieg zu ziehen. Die andere Seite ist aber, dass immer mehr Menschen die Lügen nicht mehr glauben. Sie machen nicht mit, wenden sich ab. Doch das alleine reicht nicht. Das lädt die Herrschenden nur ein, trotzdem weiter zu machen. Bis zu unserem bitteren Ende. Freiwillig wollen sie von ihren Besitztümern und Pfründen nicht lassen. Die Herrschenden kämpfen dafür, dass diese Unrechtsgesellschaft namens Kapitalismus / Marktwirtschaft aufrecht erhalten bleibt. Dazu fördern sie Unterdrückung und Krieg ganz bewusst oder setzen sich selbst direkt an die Staatsspitzen (wie z.B. gerade der Oligarch Poroschenko in der Ukraine), um uns in den Krieg zu zwingen. Denn den Krieg sollen ja eh nicht die Kapitalisten selbst austragen, sondern die „anderen“, also wir, und Unseresgleichen verurteilen, bekämpfen, „im Krieg“ ermorden. Wollen wir das verhindern, müssen wir beginnen, uns solidarisch zusammenzuschließen und zu kämpfen. Tun wir das nicht, werden die Rechten zuerst mit Maulheldentum die Menschen auf ihre Seite zu ziehen versuchen und dann – erst recht wieder im Dienste des Kapitals – brutal unterdrücken: durch Ausspielerei, Aufhetzerei usw.

### **Der Crash als Ausweg für die Kapitalisten**

Die beiden Autoren Marc Friedrich und Matthias Weik beschreiben in ihrem Buch „Der größte Raubzug der Geschichte. Der Crash ist die Lösung“, dass das heutige Wirtschaftssystem am Ende ist. Wie wahr. Doch was heißt das wirklich? Es bedeutet, dass die Herrschenden mit ihrer Profitmacherei auf Kosten der Bevölkerung an die Grenzen der Belastbarkeit der Menschen stoßen durch die „normale“ Ausbeuterei stoßen. Für sie gibt es keinen Ausweg, um ihre Profite zu sichern als den großen Crash samt Krise, Unterdrückung und Krieg. Die Menschen werden schon jetzt und dann erst recht enteignet und dezimiert, damit sich Profitmachen währenddessen und „danach“ wieder „rentiert.“

## **Juncker und die Rüstung**

**Jean Claude Juncker, designierter EU-Kommissionspräsident, hielt kurz, bevor er dies wurde, auf der „2. Berliner Strategiekonferenz“ das gut bezahlte (15.000 Euro) Hauptreferat.** Der österreichische Verteidigungsminister Klug war vor ihm dran (siehe an anderer Stelle).

**Juncker ist engagiert für die EU-Militarisierung und die Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie.**

Er präsentierte in seinem Referat erneut das strategische Hauptziel des Militärisch-Industriellen Komplexes:

*„Wir brauchen eine europäische Armee!“ Schon während des Wahlkampfes hatte Juncker für eine europäische Armee unter Brüssels Oberkommando getrommelt, damit „Europa seine Verantwortung in der Welt wahrnehmen“ und dafür sorgen könne, dass „es keine Sonderwege der Mitgliedstaaten gibt.“*

Also, für uns Österreicher heißt das Ausschaltung von Neutralität und Demokratie!

### **Junckers Motto:**

Mit einer Stimme sprechen, mit einer Faust zuschlagen. Das deckt sich vor allem mit den Interessen der Berliner Macheliten, die Juncker als Kommissionspräsidenten wollten. „Zufälligerweise“ kam Junckers Wahlkampfleiter aus dem Hause Bertelsmann. Die Bertelsmann-Stiftung einer der einflussreichsten deutschen „Think-Tanks“ (hatten wir in der letzten Aus-sendung auch noch nicht auf unserer Liste) hat bereits vor mehr als zehn Jahren diese Marsch-route vorgelegt:

*„Nur im Szenario Supermacht Europa wird das große Europa seinem objektiven Weltmachtspotenzial gerecht. ... Der Aufbau der Vereinten Europäischen Streitkräfte ... wird die internationale Rolle der EU verändern ... Die Supermacht Europa verabschiedet sich endgültig von der Idee einer Zivilmacht und bedient sich uneingeschränkt der Mittel internationaler Machtpolitik.“*

### **So wird EU-Politik gemacht**

Juncker, nun EU-Kommissionspräsident, formuliert natürlich smarter, hat er ja selber einmal verraten, wie auf europäischer Ebene Politik gemacht werden muss:

*„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen*

## **Klugscheißer**

„Think Tanks“ treiben in Deutschland ihr Unwesen. Eine Reihe davon, die allesamt in Diensten der Rüstungsindustrie stehen, haben wir in unserer vorigen Aussendung präsentiert und Zusammenhänge mit der „unabhängigen Presse“ in Deutschland aufgezeigt.

Aber wir lernen laufend dazu! Jetzt können wir eine weitere dieser „Denkfabriken“ vorstellen, die „2. Berliner Strategie-konferenz“.

Der Grund für diese Bekanntmachung ist, dass der österreichische Verteidigungsminister Gerald Klug im vergangenen Juni vor der in dieser Denkfabrik vertretenen Rüstungsindustrie und Politprominenz eine Rede mit dem Thema „Europas Verantwortung“ halten durfte. Unter den Zuhörern Klug's im Publikum kein geringerer als Jean Claude

*wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“*

### **Lügen als Methode**

Dass Juncker mit seinen Aussagen nicht zimperlich ist, zeigt auch ein Zitat aus dem EU-Observer:

*„Ich bin für geheime Verhandlungen in dunklen Räumen.“* Es gelte die Devise: *„Wenn es ernst wird, müssen wir lügen.“*

Nachdem dieser Satz bekannt wurde, schrieb die FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung), dass das Sprichwort „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht“ auch in der Politik gelte: Die EU-Kommission zog aus dem Wirbel um den Juncker-Spruch die Konsequenz, dass der „Umgang mit Krisen ein Balanceakt“ sei. Einschränkung: „Nur offen lügen sollte man nicht.“

Es soll auch erwähnt werden, warum J. C. Juncker 2013 in Luxemburg nach 18 Jahren als Regierungschef des Großherzogtums zurücktreten musste: Er hatte Bombenanschläge, die vom Geheimdienst, der Polizei und luxemburgischen Paramilitärs begangen worden sind, also Staatsterror, um die eigene Bevölkerung von der Notwendigkeit höherer Sicherheitsausgaben zu überzeugen, gedeckt und war vermutlich auch an der Behinderung der Aufklärung beteiligt.

### **So einer wird zum führenden Mann Europas gemacht? Nein danke!**

*(Quellen: Weser-Kurier, Die Welt, Europas Zukunft, Der Spiegel, Solidarwerkstatt)*

Juncker, der designierte Kommissionspräsident der EU, der selber das Hauptreferat hielt. Dazu an anderer Stelle.

Jetzt aber Originalton Klug:

*„Derzeit hat Europa erhebliche Schwierigkeiten die Sicherheit seiner Mitglieder garantieren zu können. Dies hat sowohl die Eskalation in der Ukraine als auch die Krise in Syrien deutlich gezeigt.“*

Das ist ein Zynismus eigener Art: Die EU-Staaten unterstützen – gemeinsam mit den USA – politisch und finanziell die djihadistischen Gotteskrieger in Syrien und halten damit seit Jahren einen Krieg in Schwung, der schon weit über 100.000 Menschen das Leben gekostet hat. In der Ukraine unterstütz-

ten EU und USA rechtsextreme und antisemitische Paramilitärs, um eine Regierung von der Macht zu putschen, die sich weigerte, ein EU-Freihandels- und Militärabkommen zu unterzeichnen.

**Nicht die EU hat Schwierigkeiten ihre Mitglieder zu schützen, die Nachbarn der EU haben Schwierigkeiten, sich vor den Aggressionen der EU-Machthaber abzusichern.**

Klug mahnt, dass die EU bei ihrem Gewaltexport noch gehörig zulegen sollte:

*„Die EU muss handlungsfähig werden und sich sicherheitspolitisch emanzipieren. Die Mittel dafür stehen bereit. Immerhin geben die 28 EU-Staaten mit rund 190 Milliarden Euro mehr für Verteidigung aus als China, Russland, Indien und Brasilien zusammen.“*

Einen hohen Anteil an diesem Rüstungsaufkommen hat die BRD, die in Bezug auf Waffenexporte weltweit an dritter Stelle liegt und 2013 Waffen für 5,8 Milliarden Euro ins Ausland lieferte, das sind um 24% mehr als 2012. Genaue Gesamtzahlen liegen nicht vor. Nur so viel: Der größte zu Teilen deutsche Rüstungskonzern Airbus Group (vormals EADS) exportierte neben zivilen Gütern (Airbus etc.) schon im Jahr 2010 Waffen und sonstige Rüstungsgüter im Wert von 16,36 Milliarden US-Dollar. Ein Teil der deutschen Firmen und Kon-

zerne sind „Mischkonzerne“, die zwar teilweise unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fallen, aber aufgrund ihrer unklaren Zuordnung trotzdem Waffen exportieren können. Die Profiteure aller Couleure finden immer Schlupfflöcher, um Geschäfte machen zu können.

Und Klug weiter:

*„Aber wir bringen diese Pferdestärken nicht auf die Straße“.*

Wer im militärischen Bereich „Pferdestärken auf die Straße bringen will“, muss bereit sein, Krieg zu erklären und zu führen. Folgerichtig fordert Klug die weitere EU-Militarisierung insbesondere bei Drohnen, Transportkapazitäten und für den Cyber-Krieg. Schon davor hatte Klug gefordert, dass „die EU-Battle-Groups endlich einmal zum Einsatz kommen müssen“ und österreichische Soldatinnen und Soldaten „für den Kampf im Hochgebirge“ bereit stehen.

**Herr Klug ist bereit dazu, österreichische Soldaten fremden Interessen zu opfern, um sich selbst zu profilieren. Er begeht damit Verrat an der österreichischen Neutralität!**

**Eine Schande, dass Klug, ein Metaller-Gewerkschafter, das Drecksgeschäft für die Rüstungslobby und Kriegstreiber macht.**

*(Quellen: OTS/APA, Solidarwerkstatt)*

## Der Gauck-ler spricht



**Der deutsche Bundespräsident Gauck spricht mit gespalteener Zunge.**

Wir haben darüber berichtet, dass er „den Einsatz von deutschen Truppen im Ausland forderte, um Deutschlands Interessen als Großmacht in der Welt durchzusetzen“. Diese Forderung wiederholte er in einer weiteren Rede. Das Papier, das Gauck als Vorlage diente, war von 53 Experten (wir berichteten darüber; DIE ZEIT schreibt ausdrücklich „stolz?“, dass einer ihrer Redakteure mit dabei war) erarbeitet worden unter dem Titel: „Neue Macht, neue Verantwortung“. Diese wiederholten Aussagen Gaucks zur Militarisierung Deutschlands hatten zur Folge, dass frühere „Kampfgefährten“ aus der ostdeutschen Zeit (Pfarrer und Bürgerrechtler) Kritik an Gauck übten und meinten, er hätte sich von christlichen Idealen und den Zielen der friedlichen Revolution abgewendet.

Nach dem Leiter des Bundespräsidialamtes Gill bleibt Gauck aber bei seiner Anschauung. Gill meint zwar, dass Gauck präventive und zivile Konfliktlösungen bevorzuge, es gehöre aber zur Geschichte, „dass ohne Einsatz bewaffneter Kräfte

keine Befreiung von der Hitler-Diktatur möglich gewesen wäre“. Pazifismus sei für Gauck kein ausschließlicher Weg des Evangeliums. Zwar hielt Gauck im Juni eine Rede beim Staatsbesuch in Norwegen, wo er Norwegen für seine Friedensbemühungen und -aktionen lobte, aber auch dort betonte, „dass wer überzeugend für den Frieden eintreten will, sich der Wirklichkeit stellen muss. Freiheit, Demokratie und Menschenrechte können im Ernstfall gelegentlich nicht nur mit Worten verteidigt werden. In diesem Zusammenhang

mutet der Schlusssatz seiner Rede wie ein Hohn an: „Wir dürfen nicht aufhören, Wege jenseits von Konflikt, Leid und Angst zu suchen, hin zu einer besseren Zukunft“.

**Gauck verwechselt hier etwas: Großmacht-politik und geopolitische Raubzüge stehen wohl doch auf einem anderen Blatt, als die Verteidigung der Freiheit und des Lebens.**

(Quellen: Publik Forum; Bundespräsidialamt BRD)

## US-Geheimdienstmitarbeiter verurteilen US- Kriegshetze

In einem offenen Brief vom 30.8.14 an Angela Merkel über einen möglichen Ukraine-Krieg kritisieren ehemalige US-Geheimdienstmitarbeiter (siehe Unterschriften am Ende des Textes) die Wühlarbeit der Falken innerhalb der amerikanischen Regierung, die einen Krieg provozieren wollen. (Zitate aus dem Brief unter Anführungszeichen).

„Vor einem Jahr hatten die Falken im Außenministerium und ihre Freunde in den Medien Mr. Obama fast so weit, einen großen Angriff auf Syrien zu starten, wieder einmal basierend auf ‘Geheimdienstinformationen’, die bestenfalls dubios waren.“

(Der Brief weist auf diese Wühlarbeit intensiv hin, zeigt aber nicht die Gründe der Falken dafür auf. Wir haben oft herausgearbeitet, dass Weltherrschfts-Ambitionen und der Profit der Waffenindustrie Gründe für die Arbeit der Falken sind, die am Profit ohne Rücksicht auf Menschenleben mitschneiden. *Die Redaktion*)

Weiter im Brief an Frau Merkel: „Sie müssen wissen, dass die Anschuldigungen einer großen russischen ‘Invasion’ scheinbar nicht von zuverlässigen Geheimdienstinformationen unterstützt wurden. Vielmehr scheinen die ‘Geheimdienstinformationen’ genauso dubios und politisch ‘aufbereitet’ zu sein, wie diejenigen, die vor 12 Jahren den US-geführten Angriff auf den Irak ‘rechtfertigen’ sollten. Wir haben seitdem keine glaubwürdigen Beweise für Massenvernichtungswaffen im Irak gesehen; wir sehen auch jetzt keine glaubwürdigen Beweise für eine russische Invasion.“

2003 „haben wir Präsident Bush davor gewarnt, dass unsere ehemaligen Kollegen ‘zunehmend über die Politisierung der Geheimdienstinformationen beunruhigt sind’ und sagten ihm rund- heraus, dass ‘Powells Präsentation nicht einmal nahe

daran kommt’ einen Krieg zu rechtfertigen. ... Vor 12 Jahren weigerte sich der ehemalige Kanzler Gerhard Schröder, aufgrund der dürftigen Beweislage zu den irakischen Massenvernichtungswaffen, an einem Angriff gegen den Irak teilzunehmen. Unserer Meinung nach sollten Sie entsprechend argwöhnisch sein, was die vom US-Außenministerium und den NATO-Offiziellen gemachten Anschuldigungen über eine russische Invasion in der Ukraine betrifft.“ Am NATO Generalsekretär Rasmussen lassen die Briefschreiber kein gutes Haar. Rasmussen 2003: „Der Irak hat Massenvernichtungswaffen. Das ist nicht etwas, was wir glauben. Wir wissen es. ... Es genügt, hinzuzu-fügen, dass man sehr vorsichtig in Bezug auf das sein sollte, womit Mr. Rasmussen oder auch Außenminister John Kerry hausieren gehen werden.“

Russland hat nie Zweifel daran gelassen, wie stark seine Ablehnung einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ist. „Am 1.2.2008 wurde US-Botschafter William Burns vom russischen Außenminister Lawrow einberufen, um ihm die starke russische Ablehnung einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zu erklären. Lawrow warnte pointiert vor ‘Befürchtungen, dass diese Sache das Land in zwei Teile spalten könnte, was zu Gewalt oder sogar, wie einige behaupten, zu einem Bürgerkrieg führen könnte’.“ Den Falken entgegen kommt der ukrainische Premierminister und Scharfmacher Jazenjuk: „Jazenjuk war natürlich Washingtons favorisierte Wahl, um Premierminister nach dem Staatsputsch am 22. 2. in Kiew zu werden. ‘Jaz ist unser Mann’, sagte die stellvertretende Außenministerin Victoria Nuland ein paar Wochen vor dem Putsch in einem abgefangenen Telefongespräch mit dem US-Botschafter in der Ukraine, Geoffrey Pyatt.“ Im gleichen Gespräch sagte Nuland übrigens: „Fuck the EU.“ ... “Unserer Meinung nach muss Poroschenko und Jazenjuk gesagt werden, dass die NATO-Mitgliedschaft keine Option ist und dass

die NATO keine Absicht hat, einen Stellvertreterkrieg mit Russland zu führen – und vor allem nicht als Unterstützung für die bunt zusammengewürfelte Armee der Ukraine. Anderen NATO-Mitgliedern muss das Gleiche gesagt werden.“ Für den Lenkungsausschuss des „Veteran Intelligence Professionals for Sanity“:

W. Binney, ehemaliger NSA-Entschlüsselungsexperte und Direktor; D. Mac Michael; R. McGovern; Elizabeth Murray; Todd E. Pierce; Coleen Rowley; Ann Wright.

**Der vollständige Briefftext ist zu finden unter:**

<http://konjunktion.info/2014/09/offener-brief-an-angela-merkel-ex-nsa-director-spricht-klartext-zu-einem-moeglichen-ukraine-krieg/>

**Für uns und die meisten anderen Menschen ist dieser Brief keine Überraschung, da derartige Praktiken immer schon geübt wurden und**

**Lügen zu den Waffen der Mächtigen aller Zeiten gehören. Positiv finden wir, dass hier einmal direkt aus dem Nest der Raubtiere die Hinweise erfolgen, wie gelogen und hintergangen wird.**

\*

*Interview mit Ray McGovern, 9. September 2014. Ray McGovern (Ex-US-Geheimdienstmitarbeiter) arbeitete 27 Jahre lang als Analyst für den US-Auslandsgeheimdienst CIA, bevor er 1990 in den Ruhestand trat. Von 1981 bis 1985 gehörte er zu den verantwortlichen Offizieren, die dem Präsidenten täglich Bericht erstatteten. Anschließend war er mitverantwortlich für die Vorbereitung des Tagesberichtes der CIA an den US-Präsidenten. Im Jahr 2003 gründete er zusammen mit anderen ehemaligen Geheimdienstmitarbeitern die Veteran Intelligence Professionals for Sanity (VIPS). Diese Organisation widmet sich der Analyse und Kritik nachrichtendienstlicher Tätigkeiten. (siehe: obige gekürzte Fassung des Briefes von McGovern und anderen an Angela Merkel).*

## Wer hat das das Flugzeug MH17 abgeschossen?

### Eine Zeittafel zu den Ereignissen

#### **Am Donnerstag, den 17.7.2014 ...**

... wurde im Kriegsgebiet über der Ostukraine die Passagiermaschine MH17 der Malaysia Airlines abgeschossen (298 Insassen, darunter 85 Kinder wurden getötet).

Zwei Stunden danach veröffentlicht der ukrainische Geheimdienst SBU auf seinem You-tube-Kanal angebliche Tonmitschnitte von Funkprüchen der Aufständischen bzw. sogenannte Kosaken (= russische Söldner) über den Abschuss. Zudem wurde ein Video ins Netz gestellt, welches den Transport eines BUK-Raketenfahrzeugs aus der Ukraine nach Russland zeigt. Dem Raketenfahrzeug fehlt eine Rakete und die Aufnahmen wurden angeblich bei Krasnodon an der russischen Grenze gefilmt.

#### **Am Freitag, den 18.7.2014 ...**

... kündigt Präsident Barack Obama an, dass die USA eindeutige Beweise gegen die Schuldigen vorlegen werden. Der Außenminister John Kerry sagt auf CNN, dass die USA über Satellitenfotos verfügen, die den Abschuss einer Rakete vom „Separistengebiet“ bis zum Treffer auf das Flugzeug zeigen.

#### **Wochenende 19.7 – 20.7.2014**

Obwohl keinerlei Satellitenfotos oder andere Beweise präsentiert werden und nur auf die beschriebenen Video- und Tonaufnahmen verwiesen wird, werden weltweit die Aufständischen und

Russland für den Abschuss beschuldigt. Den Aufständischen werden auch die Behinderung der internationalen Experten, Vernichtung von Beweisen, Plünderungen und pietätloser Umgang mit den Toten vorgeworfen.

#### **Montag 21.7.2014**

Bei einer Pressekonferenz des russischen Verteidigungsministeriums wird aufgezeigt, dass die vom ukrainischen Geheimdienst präsentierten Tonaufnahmen aus mehreren Funkprüchen bereits einen Tag vor dem Abschuss, also vorab zusammenmontiert wurden. Das Video mit dem BUK-Raketenfahrzeug wurde nicht in Krasnodon, sondern nachweislich in Krasnoarmejsk gedreht. Diese Stadt ist mehr als 100 km von der russischen Grenze entfernt und ist schon seit 12.5.2014 von der ukrainischen Armee besetzt. Die präsentierten Radardaten zeigen auch, dass MH17 offensichtlich auf Anordnung der ukrainischen Flugüberwachung von seinem Kurs 14 km nach Norden in das Kampfgebiet abgewichen ist und von einem ukrainischen Jagdflugzeug angefliegen wurde. Zum Zeitpunkt des Absturzes war MH17 in Reichweite ukrainischer BUK-Raketen und des Feuerleitradars. Wie russische Satellitenaufnahmen zeigen, wurde eine Raketenbatterie am Morgen der Tragödie in die Nähe des Kampfgebietes und des Abschussortes gebracht. Am Tag nach dem Abschuss wurde sie wieder an ihren vorigen Standort zurückgebracht. Die Radar-

aktivitäten des ukrainischen Militärradars, welches Zieldaten an die BUK-Batterien übermittelt waren am Tag des Abschusses zweimal so hoch wie sonst. Das ukrainische Jagdflugzeug, wahrscheinlich eine SU25, wäre aber auch in der Position gewesen, das Passagierflugzeug mit einer Rakete zu zerstören. Alle Unterlagen wurden an die internationalen Experten übergeben.

#### **Dienstag 22.7.2014**

Bei einer Pressekonferenz im Weißen Haus wurde die Pressesprecherin Maria Harf mit den russischen Daten konfrontiert und wieder die Frage nach den Satellitenbeweisen der USA gestellt. Tatsächlich war ein US-Satellit genau zurzeit über der Ostukraine. Ein Speziatsatellit zur Erfassung und Beobachtung von Raketen verschiedener Reichweite, die vom Boden abgefeuert werden. Zudem hatten die USA die Aufsicht über eine zehntägige Nato-Übung im nahen Schwarzen Meer geführt, die am gleichen Tag zu Ende ging, an dem MH17 abgeschossen wurde. Auch hier wurde nicht nur der Schiffs- und U-Boot-Verkehr, sondern auch der Luftverkehr genauestens beobachtet. Es werden keine Beweise, wie Satellitenbilder oder Radaraufzeichnungen präsentiert, sondern nur geheime geheimdienstliche Erkenntnisse, Gerüchte und Einträge in soziale Netzwerke, wie die nunmehr schon als Fälschung erkannten Videos erwähnt. Frau Harf erklärte, dass man eben Aussagen der USA Regierung mehr Glauben zu schenken habe als russischen Präsentationen.

#### **Sommer bis 9.9.2014**

In dieser Zeit wird das Absturzgebiet weiterhin umkämpft, weitere Beweise oder Unterlagen werden aber nicht vorgelegt. Von offiziellen Seiten herrscht Schweigen oder wird dieses, wie bei den ukrainischen Fluglotsen von der Regierung verordnet. Von interessierten Bürgern wird aber doch einiges herausgefunden und über das Internet auch verbreitet. So gibt es eine Videoaufnahme die den militärischen OSZE-Beobachter Michael Bociurkiw bei einer Erstinspektion der abgestürzten Maschine zeigen und dies zu einem so frühen Zeitpunkt, wo einzelne Trümmer noch schwelen. Er stellt nach der Betrachtung einiger vorderer Rumpfteile ganz erschüttert fest: "There have been two or three pieces of fuselage that have been really pockmarked with what almost looks like machine gun fire; very, very strong machine gun fire". Dieser kanadische OSZE-Beobachter hat ukrainische Wurzeln und wurde deshalb mit einem Kollegen vor Ort geschickt, weil er sowohl Russisch als auch Ukrainisch beherrscht und den Zugang weiterer OSZE-Beobachter zur Absturzstelle aushandeln sollte. Wenn dieser doch recht unverdächtige Zeuge von schwerem Maschinen-gewehrfeuer und nicht von einer Boden-Lufrakete

spricht, hat schon Gewicht. Der pensionierte deutsche Lufthansa-Pilot und Techniker Peter Haisenko, also durchaus ein technischer Luftfahrt-experte, hat auf Fotos der Flugzeugteile festgestellt, dass praktisch nur der Cockpitbereich exzessiv mit 30mm Geschossen zerschossen wurde. Zudem fiel ihm als Erstem auf, dass hier nicht nur Einschüsse mit glattem Rand, sondern auch zahlreiche Ausschüsse, mit nach außen deformierten Aluminiumblechen vorhanden sind – d.h. die Pilotenkanzel wurde von zwei Seiten beschossen. Das spricht natürlich ganz gravierend gegen einen Raketentreffer vom Boden, sondern für einen Beschuss durch ein oder möglicherweise sogar zwei Jagdflugzeuge. Der am Radar beobachtete Jäger SU-25 verfügt übrigens über solche 30 mm Bordkanonen. Es gibt auch Twitter-Nachrichten eines spanischen Fluglotsen aus dem Kiewer Tower, der von Radaraufzeichnungen über zwei ukrainische Kampfflugzeuge beim abgeschossenen Verkehrsflugzeug spricht. Aber die Bilder, die Peter Haisenko analysiert hat, wurden aus dem Netz genommen (geht glücklicherweise nicht vollständig). Der aufgezeichnete Funkverkehr zwischen dem Tower und den Flugzeugen wurde beschlagnahmt und die Towerbesatzung zum Schweigen verpflichtet. Der private Fluglotsendienst gehört übrigens dem Gouverneur von Dnjepropetrowsk, Igor Kolomojskyi. Dieser Multimilliardär besitzt über die größte ukrainische Privatbank einige Fluglinien, Medienunternehmen und eine eigene Armee, das Bataillon Dnipro. Auch das berühmte Bataillon Aidar wird von ihm finanziert. Beide Verbände machen nicht nur als Sammelbecken von internationalen Nazis Schlagzeilen, sondern werden von der OSZE und Amnesty International vieler Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen beschuldigt.

#### **Am Donnerstag, dem 7.8.2014 ...**

... reichte es offenbar Malaysia. Die englische Online-Ausgabe der "New Straits Time", das Flaggschiff der malaysischen Presse, veröffentlichte einen Artikel, in dem der Ukrainischen Regierung ganz offen vorgeworfen wird, MH17 abgeschossen zu haben. Dabei wird unter Anführung aller obigen Erkenntnisse ziemlich unverhohlen auch betont, dass die Kiewer Regierung unter Anleitung der USA und der EU handelt. Dieser Artikel ist deshalb besonders interessant, weil die Medien und besonders die englischsprachigen, nach außen als Sprachrohr der eigentlich sehr US-freundlichen malaysischen Regierung fungieren. Die Medien in Europa und USA haben diesen Artikel natürlich nirgendwo erwähnt. Ein weiterer Artikel in der „New Straits Time“ mit der Überschrift "US analysts conclude MH17 downed by aircraft" (US-Analysten folgern, dass MH17 durch ein Flugzeug abgeschossen wurde) bezieht sich auf Robert Parry einem



ehemaligen Reporter von AP (Associated Press), dem ausgezeichnete Geheimdienstzugänge nachgesagt werden. Parry beschreibt, dass John Kerry nur drei Tage nach dem Abschuss seine Runden durch die sonntäglichen Talkshows drehte und eine Riesenshow daraus machte, dass angeblich die Rebellen mit von Moskau zur Verfügung gestellten Raketen die MH17 abgeschossen hätten. Schon zu diesem Zeitpunkt, so Parry, war ihm erzählt worden, dass die Geheimdienste überhaupt keine Satellitenaufnahmen hatten, die diese Anschuldigungen irgendwie stützten. Im Gegenteil, die einzige BUK-Abschussrampe, die zu dieser Zeit überhaupt in diesem Teil der Ukraine war, befand sich unter der Kontrolle des Ukrainischen Militärs. Parry bezieht sich dabei auf die Ex-US-Geheimdienstmitarbeiter, die einen offenen Brief an Präsident Obama und Kanzlerin Merkel schrieben (siehe Artikel „Wir haben keine freie Presse mehr“).

### **Dienstag 9.9.2014 – Zwischenbericht des niederländischen Sicherheitsrates OVV**

Dieser 34-seitige Zwischenbericht des OVV, wurde nach den Statuten der internationalen Zivilluftorganisation (ICAO), einer Behörde der vereinten Nationen, erstellt und hätte schon drei Wochen vorher vorgelegt werden müssen. Man wollte aber

offensichtlich noch den NATO-Gipfel in Wales abwarten um den Bericht in die antirussischen Tiraden bei diesem Gipfel integrieren zu können. Außer der Aussage, dass das Flugzeug im vorderen Bereich von einer „großen Anzahl hochenergetischer Objekte“ (ein Ausdruck aus der Astronomie oder der Quantenphysik) durchdrungen wurde und dass genug Wrackteile geborgen wurden um zu bestätigen, dass das Flugzeug oberhalb des Cockpitbodens besonders schwer getroffen wurde, ist dem Bericht nichts zu entnehmen. Eine Ursache für den Absturz zu finden war aber auch gar nicht das Ziel. Im Bericht des OVV heißt es, das "einzige Ziel" des Berichts sei es, "ähnliche Unfälle und Vorfälle" zu verhindern und er gebe "keiner Seite Schuld oder Verantwortung". Mehr ist auch in dem, in ca. einem Jahr angekündigten Endbericht nicht zu erwarten. Aber für die westlichen Medien war die Schuldfrage wieder ganz klar und neue Sanktionen gegen Russland wurden beschlossen, das Freihandelsabkommen mit der Ukraine wurde ratifiziert, es tritt aber erst im Dezember nächsten Jahres in Kraft, da es sich die bankrotte Ukraine gar nicht leisten kann und elftägige NATO-Manöver mit US-Beteiligung in der Westukraine werden durchgeführt.

## **Lügenpropaganda**

### ***Ein Beispiel für die gezielte Lügenpropaganda für einen neuen „Russlandfeldzug“ der USA- und der EU-Führer!***

Der Westdeutsche Rundfunk hat zur Berichterstattung über den Ukraine-Konflikt ARD Bilder und Filmmaterial verwendet, das gar nicht dort entstand oder schon Jahre alt ist.

Der WDR 5 hat z.B. auf der Internetseite "Propagandaschau" ein Foto einer Panzerkolonne in einer wüstenartigen Landschaft abgebildet, im Bildtext dazu hieß es: "Russische Kampfpanzer fahren am 19.08.2014 noch unter Beobachtung von Medienvertretern in der Ukraine." Betitelt war der WDR-Artikel mit der Zeile: "Russland auf dem Vormarsch?" Tatsächlich jedoch stammte das Bild aus dem Jahre 2008. (Der dpa-Bilderdienst Picture Alliance hat das Foto in seiner Datenbank - mit der eindeutigen Bildunterschrift versehen: Russische Panzer außerhalb Gori, Georgia, 19 August 2008). Im Übrigen hat schon 2009 der Sender n-tv das Foto auf seiner Internetseite verwendet, um das russische Militärmanöver "Kaukasus 2009" zu illustrieren. Hier wird ein fünf Jahre altes Foto aus dem Kaukasus also vom WDR vorsätzlich benutzt, um gezielt Lügenpropaganda gegen Russland betreiben zu können. Im Internet wird dann noch

enthüllt, dass das Foto einen "weiteren Karriere-sprung" hinter sich habe. Die "Huffington Post" nutzte es demnach nun zur Illustration eines Artikels, in dem es unter der Überschrift „Sie haben praktisch jedes Haus zerstört“ hieß: "Hunderte russische Panzer zerstören Teile der Ukraine." Beim ARD kommen öfters solche Fälschungen vor. Schon im Mai gab es Proteste, als der Sender gefälschtes Filmmaterial in der ARD-"Tagesschau" zeigte, um einen Hubschrauberabschuss bei Slowjansk in der Ostukraine zu illustrieren - nur eine von vielen Un- und Halbwahrheiten in der Propagandaschlacht um die Ukraine. Die Sequenz, die aus einem Youtube-Video aus dem Jahre 2013 stammte, zeigte in Wirklichkeit einen Abschuss in Syrien. Bei Youtube ist das Video der "Tagesschau"-Sendung vom 29. Mai noch verfügbar, in der ARD-Mediathek nicht mehr.

*(Zitiert aus: Mathias Meisner in:*

[www.tagesspiegel.de/medien/falsche-bilder-bei-der-ard-zum-ukraine-konflikt-propagandatricks-oder-pannen-in-serie/10637680.html](http://www.tagesspiegel.de/medien/falsche-bilder-bei-der-ard-zum-ukraine-konflikt-propagandatricks-oder-pannen-in-serie/10637680.html))

## **Auszüge aus Leserbriefen, die zeigen, dass sich die Menschen von den Mächtigen kein X mehr für ein U vormachen lassen:**

Die amerikanische Regierung hat unter Aufwendung von mehreren Milliarden Dollar den Umsturz /Krieg in der Ukraine herbeigeführt. Durch den von der CIA organisierten Putsch wurden in Kiew Oligarchen, extremistische Gruppen als Regierungsvertreter an die Macht gebracht, darunter mehrere Naziführer. Seit dem Zweiten Weltkrieg sind durch massive Unterstützung der EU und Kanzlerin Merkel zum ersten Mal wieder Faschisten/Nazis an die Macht gekommen. Im Auftrag dieser Regierung schlachten das ukrainische Militär und Dutzende zwielfichtige Organisationen (Söldner/ Kriminelle, ...) die eigene, pro-russisch eingestellte Bevölkerung ab. Verstümmelte Leichen, abgeschlagene Beine und/oder Hände, Kinder mit zertrümmerten Schädeln, zeichnen dort auf den Straßen ein Bild des Grauens. Auch die „Politfiguren“ des „neutralen“ Österreich fördern mit der Teilnahme an den EU-Sanktionen diesen Krieg/das Leid der

ukrainischen Bevölkerung. Eine Schande! Wo bleibt der Aufruf zur Mäßigung gegenüber der ukrainischen Regierung und ihren von Oligarchen und den USA mitfinanzierten Söldnertruppen? Die USA warten nur darauf, dass Russland auf die ethnischen Säuberungen des Donbas reagiert, damit die NATO der Ukraine zu Hilfe kommen kann und Eurpropa damit in eine militärische Auseinandersetzung mit Russland getrieben wird. Mit vorerst drei Zielen: Ankurbelung der Aufrüstung und damit Aufträge für die Rüstungsindustrie (die größte der Welt), zweitens Schwächung Europas als wirtschaftlicher Konkurrent und drittens Vormarsch der NATO an Russlands Südostflanke.

**Eine abzulehnende Lügenpropaganda nimmt keinerlei Rücksicht auf die Leiden der Zivilbevölkerung.**

(Quelle: KURIER, Leserbriefe)

## **Medienmacht – Macht über die Medien**

**Die Medien sind überwiegend in der Hand der Herrschenden und was sie verbreiten, dient deren Interessen, deren Profiten, deren Machterhaltung und Expansion**

**Die Herrschenden haben schon immer verstanden, uns ihre Angriffskriege als Reaktion auf den „bösen“ Gegner zu verkaufen.**

Heute wollen sie uns Russland als Kriegstreiber verkaufen um von ihren Kriegsplänen abzulenken. Schon Hitler hat das schon bei dem von ihm inszenierten Überfall auf Polen getan, den er dann als „Vorwand“ angab, Polen überfallen zu können und damit den II. Weltkrieg zu beginnen.

**Weitere Beispiele für Propaganda zur Rechtfertigung von Kriegsplänen:**

Am 3.Juli 1988 wurde das Flugzeug Iran Air 655 in iranischem Luftraum auf einer eindeutig identifizierten kommerziellen Flugroute zum Absturz gebracht. Es gab 290 Toten, darunter 66 Kinder. Der Urheber dieses Verbrechens war klar. Es war der Lenkwaffenkreuzer USS Vincennes, der im Persischen Golf in iranischen Gewässern operierte. Der Kapitän eines in der Nähe kreuzenden US-Schiffs, David Carlson, schrieb in „U.S. Naval Proceedings“, dass er „es kaum glauben konnte“, als „die Vincennes ihre Absicht bekundete“, ein

eindeutig ziviles Flugzeug anzugreifen. Er vermutete, dass der Lenkwaffenkreuzer – „Robo Cruiser“, wie die Vincennes wegen ihres aggressiven Verhaltens genannt wurde -, „das Bedürfnis hatte, die Funktionstüchtigkeit von Aegis (dem hochentwickelten Flugabwehrsystem des Kreuzers) im Persischen Golf zu beweisen ...“ Zwei Jahre später wurde dem Kapitän der Vincennes und dem für die Luftabwehr verantwortlichen Offizier ein Orden [Legion of Merit award] verliehen für „die außerordentlich verdienstvolle Ausführung eines hervorragenden Dienstes“. Präsident Reagan beschuldigte die Iraner und verteidigte die Aktion des Kriegsschiffs. Was hatte genau die Vincennes in iranischen Gewässern verloren. Die Antwort ist ganz einfach. Sie verteidigte Washingtons engen Freund *Saddam Hussein* bei seiner mörderischen Aggression gegen den Iran.

**Damals, wie heute**, war der Iran für die USA der Schurkenstaat. *Saddam Hussein* war jedoch damals noch enger Freund der USA, 2003 hatte er jedoch seine Nützlichkeit für die US-Pläne verloren, nun war der Irak auch ein Schurkenstaat.

Vor der Invasion der USA im Irak 2003 lieferte der CIA der Regierung „Beweise“, dass Saddam Hussein Massenvernichtungswaffen habe und deswegen gestürzt werden müsse! Fünf Jahre später gab der Geheimdienstausschuss zu, dass

die Vorwürfe erlogen waren.

**Und heute:** Siehe den Artikel über den Abschuss des Flugzeug der Malaysian Air-Line MH 17 in der Ost-Ukraine in dieser Ausgabe.

## **TTIP (transatlantic trade and investment partnership) aktuell**

**Wie wir in unserer letzten Ausgabe berichtet haben, wurde noch knapp vor der Sommerpause und den EU-Wahlen als Vorleistung für TTIP eine eilig verfasste EU-Verordnung zum Investorenschutz im EU-Parlament beschlossen.**

Diese Verordnung hat seit 17. September Geltung und von nun an können Konzerne Staaten vor konzernfreundlichen "Schiedsgerichten" klagen, wenn sie ihre Profitinteressen durch staatliche Interessen beeinträchtigt sehen. Um nochmals zu verdeutlichen: Bei TTIP geht es nicht vordringlich um die Beseitigung von Handelshindernissen, wie Zölle oder gar Schutzzölle, um Kontrollen für den Kapitalverkehr oder Protektionismus. All dies gibt es in den EU-USA – Handelsbeziehungen ja kaum mehr. Es geht im Kern um „*Handelshindernisse in nicht handelspolitischen Bereichen*“. Dieser Ausdruck umfasst Umweltnormen, Mindestlöhne oder andere soziale Errungenschaften, wie Verbraucherschutzbestimmungen, Gewährleistungsrechte und Lebensmitteldeklarationen. Unterschiede in diesen Bereichen sind solche Handelshindernisse. Wenn z.B. ein Unternehmen Umweltauflagen erfüllen muss, Mindestlöhne eingeführt werden bzw. die EU etwas gegen gefährliche Finanzspekulationen unternimmt oder neue Grenzwerte für umweltrelevante Chemikalien festlegt, entstehen solche Handelshindernisse. Immer wenn also etwas geschieht, was die Bevölkerung von staatlichen oder EU- Institutionen erwartet, dann können die betroffenen Unternehmen die zukünftig erwarteten und damit entgangenen Gewinne einklagen. Aber nicht bei normalen Gerichten soll hier geklagt werden, die könnten ja eventuell im Sinne des Gemeinwesens und gegen die Unternehmen entscheiden. Um solche Entscheidungen auszuschließen, sollen internationale Schiedsstellen entscheiden, die mit Juristen aus großen globalen Anwaltskanzleien besetzt sind. Die Kunden dieser Anwaltskanzleien sind normalerweise Internationale Konzerne – die Urteile der Schiedsgerichte werden sich also kaum gegen die eigenen Kunden richten. Änderungen bei Verträgen wie TTIP sind praktisch unmöglich, da immer alle Vertragspartner zustimmen müssen –

die Demokratie schafft sich so in all den angeführten Bereichen also ab. Es herrscht dann die freie Machtwirtschaft in einer Kapitalokratie. Die Oligarchen und Finanzmagnaten bilden den neuen Adel und bei den Wahlen dürfen wir deren Marionetten, also unsere Aufseher wählen.

Da es massive Widerstände gegen die geheimen TTIP Verhandlungen gab, reagierte die EU mit der „Möglichkeit zur öffentliche Konsultation“. Dies hatte mehr als 100.000 Eingaben bis Mitte Juli zur Folge und die Verhandlungsrunde mit den USA wurde daher ohne Ergebnis beendet. Die rekordverdächtige Beteiligung bei den Einsprüchen durch Bürger wurde von Noch-Handelskommissar Karel de Gucht als "gesteuerte Aktion" und "Angriff auf die Kommission" abqualifiziert. Fast ein Viertel dieser "Angriffe" kam dabei aus Österreich, das mit 33.753 Eingaben nur von Großbritannien (52.008) übertroffen wurde. Am 11.9.2014 hat die EU-Kommission die Registrierung einer Europäischen Bürgerinitiative (EBI) gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA aus rein formellen Bedenken abgelehnt. Das zeigt die Entschlossenheit der EU-Kommission, wenn selbst das ohnehin harmlose Instrument der EBI verhindert werden soll. Mit dem Inkrafttreten der EU-Verordnung über den Investorenschutz am 17. September hat man schnell einen weiteren Meilenstein zur Fixierung dieser Abkommen gesetzt und noch im September soll das Handelsabkommen mit Kanada (CETA) unterzeichnet werden.

## **CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement – EU / Kanada)**

In der Hoffnung von dem großen Brocken TTIP mit den USA abzulenken, soll nun das ebenso klammheimlich über sechs Jahre verhandelte Abkommen mit Kanada von den Unterhändlern unterzeichnet werden. Dieser Vertrag mit Kanada, dessen Inhalt gehackt wurde und in seinen zentralen Teilen am 14.08.2014 von der deutschen „Tagesschau“ ins Netz gestellt wurde, ist in weiten Bereichen eine Blaupause für TTIP. CETA bein-

hält natürlich ebenso den Investorenschutz wie TTIP. Das Investitionskapitel enthält aber nicht nur die umstrittenen Schiedsgerichte. Es lässt darüber hinaus auch Briefkastenfirmen zu, mit denen viele US-Konzerne schon jetzt undurchsichtige Geschäfte in Kanada machen. Da es aber ein Handelsabkommen zwischen den USA und Kanada gibt, können über den Weg dieser Briefkastenfirmen auch ohne TTIP-Abschluss US Firmen in Europa agieren. Zudem fehlen Garantien für Arbeits- und Sozialstandards. Kanada wollte hier zwar die Möglichkeit erhalten, Verstöße gegen das Arbeitsrecht ahnden zu können, doch die angeblich so menschenfreundliche EU weigerte sich beharrlich und erfolgreich dies in den Vertrag einzubinden. Dabei beteuert EU-Handelskommissar Karel De Gucht immer wieder, an Arbeits- und Sozialstandards werde nicht gerüttelt. Doch einklagbare Garantien will er dafür offenbar nicht geben. Sollte das Kanada-Abkommen in den

laufenden Verhandlungen mit den USA Schule machen, werden auch bei TTIP die Menschenrechte zu kurz kommen. CETA enthält nämlich, für Kenner aber nicht überraschend, keine Menschenrechtsklausel. Dabei würde das nicht nur die demokratischen Grundrechte sondern auch die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO absichern. Kurz gesagt: Investoren werden geschützt, Menschenrechte, Konsumentenrechte und Sozialstandards nicht. Da TTIP aus dem US-Wahlkampf zu den Kongresswahlen herausgehalten werden soll, wird die EU-Kommission das Ergebnis ihrer öffentlichen Konsultation wahrscheinlich erst nach dem 5. November bekanntgeben und dann werden auch die Verhandler wieder zusammentreffen. Vielleicht fragen Sie in der Zwischenzeit auch unsere hochbezahlten Vertreter in Brüssel, was sie gegen CETA unternehmen werden.

## Trotz Tschernobyl und Fukushima EU forciert AKW-Neubau

**Die EU will knapp vor ihrem Abtreten Ende Oktober noch schnell die Pläne Großbritanniens für eine Staatsbeihilfe zum Bau des AKWs Hinkley Point in Südwestengland genehmigen.**



Das AKW soll vom französischen Konzern Areva um 20,3 Mrd. Euro (16 Mrd. Pfund) gebaut, ab 2023 vom französischen Konzern EDF betrieben werden. Weil AKWs aufgrund ihres Gefahrenpotenzials nicht versichert sind und die Sicherheitskosten nur zu einem Bruchteil von Atomfirmen

eingerechnet werden, könnte eigentlich kein AKW mehr gebaut werden. Deshalb will die britische Regierung dem Betreiber EDF für den Zeitraum 2023 bis 2058 den Atomstrom-Abnahmepreis mit 17,6 Mrd. Pfund subventionieren. Das zeigt, dass ohne Subventionierung keine AKWs mehr gebaut werden könnten, dass Atomstrom alles andere als billig ist, wie die Atombetreiber immer wieder behaupten. Und selbst diese horrend hohe Summe würde im Falle eines Atom-GAU bei weitem nicht reichen, Folgekosten abzudecken, wie man ja schon jetzt in Japan sieht.

### EU-Atomlobby

Die EU, deren fixer Bestandteil die EURATOM ist, die die Förderung der Atomindustrie zum Ziel hat, setzt mit der Zustimmung zur staatlichen Atomförderung die Atomkraft mit erneuerbaren Energien gleich, lässt Atomstrom als CO<sub>2</sub>-neutral zu, und erklärt Staatszuschüsse, die ja sonst verpönt sind, bei AKWs für zulässig. Das hat weitreichende Folgen für zurückgestellte AKW-Projekte wie z.B. Temelin, oder für die AKW-Neubauprojekte in England, Finnland oder Polen. Die Atomindustrie bekommt dadurch Aufwind. Während in allen Ländern für Gesundheit, Bildung, Pensionen angeblich kein Geld da ist, wird die tödliche Atomindustrie mit Steuergeldern am Leben erhalten.

# Hypotopia

In einer disziplinübergreifenden Projektgruppe der TU Wien haben Studenten der Architektur, des Bauingenieurwesens, der Raumplanung und der Informatik aufgrund der Meldung des *Wirtschaftsblattes* vom 12.2.2014, wonach der österreichische Staat aus Steuergeldern für die Pleitebank Hypo-Alpe-Adria 19 Mrd. Euro aufbringen muss, mit der Planung einer dieser Summe entsprechenden Stadt begonnen. Das Modell liegt inzwischen

vor und kann, nebst Erläuterungen im Internet unter „milliardenstadt.at“ besichtigt werden. Hypotopia wäre die sechstgrößte Stadt Österreichs, könnte 102.000 Bewohner umfassen und mit allen, der heutigen Zeit entsprechenden infrastrukturellen Möglichkeiten ausgestattet sein. Hineinschauen lohnt sich, ist allemal interessant und zeigt den Skandal der Geldverschwendung leider nur allzu deutlich auf!

## Polizei, dein Feind und Schläger

**Ein riesiges Aufgebot der Polizei ist am 28. Juli dieses Jahres gegen 19 Punks in Wien-Leopoldstadt aufmarschiert, um die „Rechte“ eines Wohnungsspekulanten auf unsere Kosten durchzusetzen.**

Es wäre zum Lachen, wenn es nicht so ernst bzw. bedrohlich wäre. Die Wandlung der Polizei vom Freund und Helfer zum Feind und Schläger ist derart dramatisch, dass man es mit der Angst zu tun bekommt, wenn man an Konflikte der Zukunft denkt, in denen Bürger ihre Rechte in einem Staat verteidigen, der den Interessen der Reichen dient: von der Minderung des Sozialstaates bis zur Atomenergie und zu den Kriegstreibern im sogenannten Verteidigungsministerium, dessen Chef zur Tagung der NATO nach Wales reist. Was macht er dort als Minister eines neutralen Landes?

### Militarisierung der Polizei

Das zunehmend martialische Auftreten der Polizei ist es, das Angst macht. In ihren Kampfausrüstungen wirken die Polizisten wie automatisierte Krieger der Zukunft. Der Soziologe Reinhard Kreissl nennt den Prozess, der hier stattfindet, eine „Militarisierung der Polizei“. Die Polizei wird vom Ordnungshüter zum Kämpfer und agiert auch dementsprechend. Höhepunkt war das schwere Gerät, das gegen 19 Punks aufgefahren wurde: vom Hubschrauber bis zum Räumpanzer. Das staunende Publikum am 28. Juli beobachtete Mannschaftswagen um Mannschaftswagen mit Polizistinnen und Polizisten aus allen Bundesländern, die für die Aktion abkommandiert worden waren. In endlosen Kolonnen bezogen sie Stellung bis weit in den Prater hinein. Stundenlang standen sie sich die Beine in den Bauch, „verziert“ mit Waffen, Schlagstöcken und Vollvisierhelmen. Über ihnen dröhnten die Hubschrauber, sie aßen Bana-

nen und tranken Red Bull, zwölf Stunden lang. Der Wohnungsspekulant blieb im Hintergrund. Hier wurde Unrecht durch die Staatsgewalt geschützt.

### Gezielte Taktik

Gab es früher eher einzelne Prügelattacken (Omofuma), so erscheint der Einsatz im zweiten Bezirk als Teil einer neuen gezielten Taktik zur Einschüchterung der Bevölkerung durch die Polizei, welche in letzter Zeit häufig angewendet wird: das Vorgehen gegen ganze Gruppen. Erst verfolgt man mit ungeheurem Ressourceneinsatz die Tierschützer als „kriminelle Vereinigung“. Dann wirft man sich gegen zwei Dutzend Flüchtlinge in der Votivkirche in die Schlacht. Schließlich wird ein großer Teil der Wiener Innenstadt zugunsten einer rechten Veranstaltung gesperrt, inklusive Schlacht gegen die Demonstranten. Schließlich versucht man diese Vorgangsweise zu kompensieren, indem man einen schüchternen Studenten aus Jena zum terroristischen Rädelsführer hochstilisiert, um den Rieseneinsatz zu rechtfertigen. Das Gegenüber wird als Feind wahrgenommen. Die Mittel geraten aus der Verhältnismäßigkeit und erzeugen Gegengewalt bzw. Staatsterror und Wut auf die Sicherheitsorgane, die nur das Leben der Ausbeuter sichern. Die Polizei ist dabei, eine Feindproduktion zu betreiben, um sie als Übungsfeld für ihre Gewalt zu missbrauchen. Wer früher vor 300 Zuhörern öffentlich den Tatbestand der Verhetzung erfüllte, musste mit seiner Verfolgung und Verhaftung rechnen. Heute passiert das bereits bei einer Zuhörerschaft von 10 Personen. So wird die Bevölkerung zum Feind der Polizei, der Staatsgewalt, gegen die die Polizei parteiisch agiert. Ihr Vorgehen zeigt nur allzu deutlich, wen die Polizei als Feind wahrnimmt: antifaschistische Demonstranten, linke Hausbesetzer und Journalisten (gegen die Platzverbote verhängt werden). Wer

sich ein wenig im Innenleben der Polizei auskennt, weiß, dass sie mit rechten Elementen durchsetzt ist.

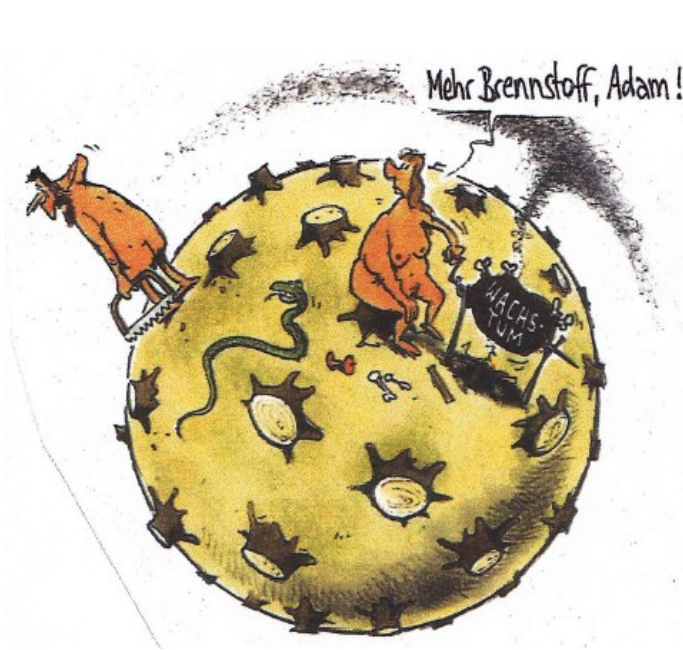
Der Staat tritt den oben genannten Gruppen zunehmend als Repressionsapparat entgegen – ein fatales Verhalten, das bürgerkriegsähnliche Assoziationen weckt und verdeckt, dass nicht die Punks aus dem zweiten Bezirk eine Gefahr für die

Republik sind, sondern die Anzug und Krawatte tragenden Herrschaften, die sich rücksichtslos der inzwischen ohnehin zur Gewalt neigenden Polizei für ihre Zwecke bedienen.

**Der Weg zurück zum Freund und Helfer scheint kaum mehr gangbar!**

(Quellen: PRESSE, KURIER)

## Die Gier ist erfinderisch



**Illegale Rodungen zerstören große Flächen des brasilianischen Amazonas.**

Und das trotz einer viel gelobten Waldgesetzgebung. Die Revision des Waldgesetzes bietet finanzielle Anreize um dem Waldverlust Einhalt zu gebieten. Wer vor 2008 illegal gerodete Flächen nicht wiederbepflanzt, verliert den Zugang zu verbilligten Agrarkrediten. Gleichzeitig eröffnet das Gesetz jedoch Landbesitzern die Option, statt Wiederaufforstung auf eigenem Land Waldschutz-zertifikate an der Grünen Börse in Rio zu erwerben. Die Neuerung erlaubt somit Waldzerstörung über gesetzliche Grenzen hinaus, dort, wo sie profitabel ist. Abgelegene Waldflächen die nicht von Waldzerstörung bedroht sind, liefern die notwendigen Waldschutz-zertifikate. Damit ermöglicht man einen Anstieg der Waldzerstörung durch eben diese Waldschutz-zertifikate.

**Rücksichtslose Profitgier vernichtet die Ressourcen unseres Planeten!**

/Quelle: Wirtschaft & Umwelt)

## Atomlobby am Ende?

**Immer wieder gibt es die Versuche, der Atomlobby vorzurechnen, dass die Atomkraft unökonomisch, zu teuer ist, oder an ihr Verständnis zu appellieren, dass AKWs nicht beherrschbar und höchstgefährlich ist. Kurzum die Atomindustrie am Ende sei.**

**Richtig ist**, dass z.B. in den letzten 25 Jahren die Zahl der AKWs um 46 auf 131 zurückging. Es stimmt, dass nur mehr 3% aller Energieinvestitionen in die Atomkraft gehen.

**Es trifft zu**, dass z.B. alle deutschen AKWs schon durch erneuerbare Energien ersetzt werden können. Es gibt schon jetzt einen enormen Stromüberschuss in Europa. Darum sind die Großhandelspreise für Strom im Keller, sind halb

so hoch wie der Preis für die Haushaltskunden. Warum? Weil durch blanke Profitpolitik der Konzerne und mit Hilfe ihrer Politiker ganz einfach die Preise nicht gesenkt werden. Die Haushalte finanzieren den Strom- und Atomkonzernen die niedrigen Strompreise für die Industrie.

**Es stimmt**, dass – zumindest theoretisch – in den nächsten 15 bis 20 Jahren ca. die Hälfte der jetzt laufenden AKWs aus alters- und sicherheitstechni-

schen Gründen abgeschaltet werden müssten. Müsstest! Aber schon in der Vergangenheit hat es immer wieder „Laufzeitverlängerungen“ gegeben.

Genauso wie die Atomindustrie in der Vergangenheit subventioniert war, gilt das auch heute noch. Deshalb sollen in China, Indien, England, Finnland oder Polen neue AKWs entstehen. Ebenso verhält es sich mit der indirekten und direkten Verfilzung zwischen (Atom-)Industrie und Politik, sei es in den USA, in Deutschland, Frankreich usw. oder Japan, das deswegen nicht einmal dreieinhalb Jahre nach der Fukushima-Atomkatastrophe letztlich wieder alle 52 japanischen AKWs in Betrieb nehmen will.

**Ja, die Atomkraft ist unbezahlbar** – nicht zuletzt durch den 100.000de Jahre strahlenden Atommüll. Deshalb zahlen ja wir, die Allgemeinheit, die Bevölkerungen, ja die ganze Menschheit, für die kurzlebigen Profite der Atomlobby mit unserem Erwirtschafteten, mit unserer Gesundheit, mit unserem Leben.

**Es nützt nichts, der Atomlobby die Unwirtschaftlichkeit der Atomkraft vorzurechnen**, ihr zu sagen, dass die Atomkraft am Ende sei. Seit 30 Jahren hören wir ja auch, dass das Ölzeitalter am Ende sei. Gleichzeitig werden von den Ölkonzernen immer neue, noch extremere Ausbeutungsgebiete angesteuert. Der Klimawandel begünstigt dabei ihren Appetit und ihren Wettlauf um neue Öl- und Gasquellen, z.B. in der Arktis. Deshalb gibt es auch keine wirkliche Politik gegen den Klimawandel, werden keine Maßnahmen gegen die Industrie und ihre klimaschädliche und menschenfeindliche Profitmaximierung gesetzt.

**Warum also sollte die Atomlobby freiwillig abtreten?** Weil es aufgrund des Bedrohungspotenzials „vernünftig“ wäre? Vernunft ist nicht ihr Geschäftsgrund, auch nicht die Stromversorgung. Ihr Geschäftsgrund – das hat sie mit allen anderen Industrien egal welchen Geschäftsgegenstandes gemein – ist die Gewinnmaximierung – trotz

**Atomstaat Indien:**

## **Demokratieverständnis**

In Indien, gerne als „größte Demokratie der Welt“ bezeichnet, zeigen drei Monate nach der „größten Wahl der Welt“ die dortigen Herrschenden, was sie von Demokratie halten. Nichts!

Die Regierung geht gegen NGOs vor, darunter u.a. etwa der indische „Zusammenschluss von Anti-Atom-Initiativen“. Laut neuem Geheimdienst-

Katastrophen und Menschengefährdung. Das wird nicht eingeschränkt oder gestoppt, sondern sogar noch staatlich gefördert und aus unseren Steuergeldern höchst subventioniert. Wie zuletzt wieder durch die abtretende EU-Kommission beim geplanten englischen AKW Hinkley Point (siehe dazu eigenen Artikel an anderer Stelle).

**Der Niedergang der Atomindustrie** hat v.a. damit zu tun, dass die Menschen weltweit massivst dagegen sind und protestieren – schon lange vor den früheren Atomunfällen (z.B. Windschale, GB; Harrisburg, USA) und erst recht seit den immer katastrophaler werdenden Atomunfällen wie in Tschernobyl oder zuletzt in Hiroshima.



**Auf Einsicht bei der Atomlobby zu hoffen, hilft also nicht, sondern nur Widerstand. Siehe die Versuche der abtretenden EU-Kommission Einspeistarife für Atomstrom durchzudrücken, Die Atomlobby mit ihrer Atomkraft ist erst dann am Ende, wenn wir ihr ein Ende setzen – bevor sie uns ein tödliches Ende setzt!**

bericht bremse der Protest nämlich das Wachstum der indischen Wirtschaft (Publik-Forum Nr. 17/2014).

**Da hört sich wohl die Demokratie auf. Sind die (Atom-)Profite bedroht, ist Ortsende der Demokratie!**

# DAS LETZTE

*Soeben erfahren: Drei Rollmöpfe wurden an der ukrainischen Grenze als Russen enttarnt, nachdem man ihnen die Zahnstocher weggenommen hat.  
(Facebook, 14.9.2014)*

## **Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und LeserInnen!**

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Klimawandel, Atomrüstung, AKW-Bau, Militarisierung und Krieg.

Wir erhalten keinerlei Zuschüsse von irgendeiner Seite. Unsere Arbeit wird ausschließlich von Euren Spenden finanziert. Das garantiert unsere Unabhängigkeit. Nur gemeinsam schaffen wir eine bessere Zukunft!

***Mit kollegialen Grüßen,  
„GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“***

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S** – ZVR 100322133

**Spendenkonto:** PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000. Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Empfänger: W. Leisch / Gew.gg.Atom, Verwendungszweck: Gew.gg.Atomenergie. **IBAN: AT22 6000 0000 7305 5305 BIC: OPSKATWW**

**Kontaktadresse:** Stiftgasse 8, 1070 Wien. E-mail: [ggae@gmx.at](mailto:ggae@gmx.at) Homepage: [www.atomgegner.at](http://www.atomgegner.at)

